

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rossberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rossberg in Frankenberg i. Sa.

Erst die Mittel, dann die Schiffe!
 Das Reichsmarineamt soll sich entschlossen haben, beim Reichstag eine Verkürzung des Lebensalters der Schiffe zu beantragen, und zwar soll das Dienstalter der Linienschiffe von 25 auf 20 und das der Kreuzer von 20 auf 15 Jahre herabgesetzt werden. Nach dem in der Flottennovelle von 1906 aufgestellten Schiffbauplan von 1906—1917 sollen in diesen 12 Jahren gebaut werden 18 Linienschiffe (1 an der Vollzahl von 28 schlechtes und 17 Erfolgsschiffen), 18 große Kreuzer (7 Erfolgsschiffen und 6 Vermehrungsschiffen) und 24 kleine Kreuzer (1 noch ausstehender des Flottengesetzes von 1899 und 28 Erfolgsschiffen). Wird die geplante Herabsetzung des Lebensalters der Schiffe Geley, so wären dagegen von 1906—1917 zu bauen: 20 Linienschiffe, 16 große Kreuzer und 28 kleine Kreuzer. Der Gewinn der 12 Jahre, wird erklärt, betrage 2 Linienschiffe, 3 Panzerkreuzer und 4 kleine Kreuzer. Das sei durchaus nicht viel und schaffe für die nächsten 5—6 Jahre nur einen sehr mäßigen Gewinn heran, sodass für den großen Aufwand des Flottenvorstandes an Mühe und Zeit eigentlich recht wenig erreicht sei. Gewiss, es ist ja ein Unterschied, ob wir im Jahre 1920 — dann sind erst die im Jahre 1917 auf Stapel gelegten Boote verwendungsfähig — 20 Linienschiffe von 18000 Tonnen und 16 Panzerkreuzer von 15000 Tonnen haben, aber deren nur 18 bzw. 18, die 5 Schiffe mehr machen schon etwas aus. Auch wir meinen, dass die 14 bzw. 15 Jahre bis Ende 1920 eine sehr lange Zeit sind, und dass uns 1918 nichts nützt, was wir erst 1921 haben werden. In den nächsten Jahren müsse man schneller bauen, wenn man mit unserer Flotte vorwärts kommen will. 2 Linienschiffe, 3 Panzerkreuzer und 4 kleine Kreuzer in den nächsten 12 Jahren mehr bedeuten als eine Wehrausgabe von 181 Millionen Mark. Woher nun die Kosten nehmen, solange das Geld knapp ist?

Für die Weiterentwicklung der Reichsmarine kann erst gewillt werden nach Erledigung der Reichsfinanzreformfrage. Die Reichsregierung muss erst die geforderten Milliarden haben, ehe an die Flottenfrage gedacht werden kann. Zunächst müssen wir Geld haben; dann erst kann man mit größter Energie für beschleunigte Flottenbau eintreten. Jetzt macht die Opposition bei neuen Flottenforderungen das Land wild durch den Hinweis, dass neue Schulden gemacht würden für die Flotte, doch aber für Kulturfürze keine Mittel da wären. Erst die Finanzreform, ohne Finanzreform keine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Flotte! Gerade diesen Gesichtspunkt haben die Schwärmerei im deutschen Flottenvorstand bei Einleitung der Agitation für vermehrten bzw. beschleunigten Bau von Schiffen außer Acht gelassen. Und das ist der größte Fehler, den der Flottenvorstand machen konnte, um seiner ganz gewiss von besten Grundlagen aus geleiteten Agitation die Kraft zu nehmen. Die Regierungsvorlage, die so viele Verbündete fand, bewegte sich in beschleunigtem Rahmen. Man wusste eben im Reichsmarineamt recht gut, warum man nur das forderte, was unbedingt nötig war zur Sicherung des Friedens. Was will man mit Forderungen anfangen, wenn keine Mittel vorhanden sind, um sie einzufüllen zu können?

Das Majorat.

Roman von Ewald August König.

(28. Fortsetzung.) (Fortsetzung)
 Der Bankier hatte sein Glas noch immer zum Anstoßen gehalten, aber da der Baron deutlich zeigte, dass er keine Notiz davon nehmen wollte, trank er aus, und er stellte es so bestig auf den Tisch, dass es klickte.

"Antragen?" erwiderte er. "Ich habe keine entdeckt, wir waren alle leichtfertige Fliegen, und an die Katastrophe, die der Geschichte so plötzlich ein Ende machte, dachte niemand. Sie griffen Schmidtlein an, Sie beschuldigten ihn, er würde mit gesäuberten Karton —"

"Und dass diese Beschuldigung begründet war, wissen Sie! Wer räumte mit dem Verdacht ins Objekt? Wer gab mir die Waffe in die Hand?" Sie! Mit den Faust hätte ich den Schurken niedergeschlagen, aber auch dazu würde es nicht gekommen sein, wenn die, welche sich meine Freunde nannten, mir treu geblieben wären! Aber wie konnte ich Treue von denen erwarten, die erkauft waren, um mich zu verderben?"

"Sie sind exibiert, Baron." "Schweigen Sie!" fuhr Dagobert auf. "Ich an Ihrer Stelle würde nicht gewagt haben, dem Manne noch einmal gegenüber zu treten, den ich so schmälerlich verriet! Nachdem Schmidtlein mir darüber alles gebeichtet hat, können Sie die Waffe der Freundschaft nicht mehr vorbinden, nicht noch einmal mich betrügen."

Der Bankier ließ das Vorzorn von der Nase fallen, ein böser, hässlicher Zug umzwickte seine Mundwinkel, er erkannte jetzt, dass dieser Verlust belohnt worden war.

"Sie werden beleidigt, ohne einen Grund dazu zu haben", sagte er. "Was Schmidtlein Ihnen gesagt hat, wohl ich natürlich nicht, aber es sieht ihm ähnlich, doch er alle Schuld von sich abwälzte, um sie andern in die Schuhe zu schieben. Wenn Sie einem Schurken Glauben schenken wollen, so ist das freilich Ihre Sache."

"Genug!" unterbrach Dagobert ihn. "Sie verstehen mich, Sie wissen sehr genau, was ich mit jenen Wörtern sagen will."

"Ganz und gar nicht, Herr Baron."

"Wus ich es Ihnen noch deutlicher sagen? Sie übernahmen

Ankündigungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größeres Intervalle bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

■ ■ ■ Telegramme: Tagblatt Frankenbergerach.

Anzeigenpreis: Die 5-g. Beiträge oder deren Raum 15 h, bei Postal-Anzeigen 12 h; im amtlichen Teil pro Zeile 40 h; Einzelanzeige im Abdrucksteil 30 h. Für schwieriger und kostbarer Sachaufschluss, für Wiederholungsabdruck Erhöhung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 h Extragebühr berechnet.

Interraten-Annahme: auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Bom Reichstag.

26. Sitzung am 7. Februar 1906.

Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, der für alle Bundesstaaten und für das Reichsland eine aus dem allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung verlangt. Bernstein wird ins Treffen geschickt, diesen Antrag zu begründen und seinen Hörern die Schlechtigkeit der Welt zu Gemüte zu führen. Durch Bernstein Rede war der hanseatische Behannte Rügmann so gereizt, dass er eine — im Verhältnis zu seinem sonst sehr ruhigen Temperament — recht erregte Rede hielt, von Freiheit des Schimpfens sprach und auf die äußersten Linken einen Hetzenabfall von Zwischenrufen und unartikulierten Lauten herwies. Graf Hompesch erklärte den Reichstag für inkompotent in der Frage; sollte der Bundesrat die Zuständigkeit des Reichs erweitern wollen, so hätte das Zentrum nichts dagegen. v. Roermann hielt den Reichstag nicht für kompetent, ebenso Bassemann, der aber das Wahlrecht in vielen Bundesstaaten für reformbedürftig erklärte. So wurde also auch dieser Tag, was vorauszusehen war, mit zwecklosen Reden hingedeckt.

Zur Beratung steht der von der sozialdemokratischen Fraktion am 2. Dezember 1905 eingebrachte Gesetzentwurf, durch welchen dem Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs folgender Zusatz eingefügt werden soll:

"In jedem Bundesstaat und in Elsass-Lothringen muss eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich."

Bernstein (Soz.) begründet den Antrag und geht dabei auf die Verhältnisse in den Einzelstaaten ein, zunächst in Sachsen, Lübeck, Hamburg, Preußen habe, von Waldeck und Braunschweig abgesehen, das schlechteste Wahlrecht in Deutschland. Redner geht dann auf die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen und auf die russische Revolution ein, die eine Notwendigkeit für das russische Volk geworden sei.

Der hanseatische Bundesstaatsberollmächtigte Rügmann protestiert entschieden, fortwährend von den Sozialdemokraten durch lärmische Jurufe, Gelächter und Spottkriege unterbrochen, gegen Bekämpfungen, die Bernstein gegen die Hansestädte vorgebracht habe. Bernstein übernehme auf seine Partei die Brutalitäten, die in Homburg vorgekommen seien. Darüber zu urteilen, ob das Vorgehen der Homburger Behörden richtig war, habe der Reichstag kein Recht. In der Lübecker Bürgerschaft lamen erst die Sozialdemokraten infolge des Wahlrechts, das Bernstein verurteilte.

Hompesch (Zent.) verliest eine Erklärung, die besagt, die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten gehört zu der Zuständigkeit der letzteren. Der Reichstag könne nicht die Initiativ

tive ergreifen. Wenn aber der Bundesrat einen bezüglichen Gesetzentwurf vorlegt, dann werde ihm das Zentrum zustimmen.

v. Normann (Cons.) erklärt, die Konservativen bestreiten die Zuständigkeit des Reichs und lehnen daher den Antrag ab.

Bassemann (noll.) erklärt, auch die Nationalliberalen lehnen den Antrag ab. Das Wahlrecht sei in vielen Einzelstaaten reformbedürftig, aber das Reich sei nicht zuständig.

Teagger (fr. W.) meint, das Reich sei in der vorliegenden Frage doch kompetent. Seine Partei sei immer für die Ausgestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten eingetreten.

Graf Posadowsky: Ich glaube, Bismarck, der das allgemeine Wahlrecht in Frankreich kennen gelernt, hat bei dessen Anwendung auf das deutsche Volk einen Rechtfehler gemacht. Bismarck hoffte, die Demokratie dauernd überwunden zu haben, und glaubte, dass, wie in Frankreich, die Volksvertretung unter allen Umständen die notwendigen Mittel für die Landesverteidigung bewilligen würde. Ich habe selbst mit Fürst Hohenlohe zusammen mit unseren Vertretern in der dritten Klasse gewählt und habe mich dabei nicht im mindesten degradiert gefühlt. (Widerstreit links.) Freilich liegt eine gewisse Differenz in der Besiedeltheit des preußischen und des Reichswohlrechts. Dass jemals die äußerste Linke eine Reichstagssitzung erlangen könnte, glaube ich nicht.

Arendt (Ap.) lehnt den Antrag der Sozialdemokraten ab. Verwunderlich sei, dass Graf Posadowsky zu diesem Initiative antrag das Wort ergriffen habe.

Graf Posadowsky entgegnet, die Reichsregierung hätte am gesicht der sozialdemokratischen Agitation ein dringendes Interesse, sich zu äußern. Im übrigen lasse sie sich nicht vorschreiben, wann sie das Wort zu nehmen habe.

Diefenbach (El.) spricht sich gegen das Wahlrecht der Frauen und gegen die Herabsetzung der Wahlberechtigung auf das 20. Lebensjahr aus.

Darauf verzogt sich das Haus auf Donnerstag. Fortsetzung der Staatsdebatte.

** Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages begann die Beratung des Gesetzes für Ostpreußen. Im Laufe der Debatte bemerkte Scheinhardt Seitz, der durch den Aufstand in Österreich entstandene Schaden sei auf 150 000 M. geschätzt worden und werde sich wohl schließlich noch höher stellen. falls der Ertrag dieses Schadens nicht von Eingeübten gefordert werden könnte, werde die Regierung seinerzeit an den Reichstag herantreten.

Bom Landtag.

z. Die Erste Kammer überwies in ihrer gestrigen 23. öffentlichen Sitzung die Petition der "Armen Vereinigung Kampfgenossen von 1870/71" um Staatsneuerlass für diejenigen Veteranen, deren Einkommen 1200 Mark jährlich nicht übersteigt, der Königl. Staatsregierung zur Erwähnung. Die Petitionen des Bauunternehmers May, Schlingemann in Bremen um Änderung des § 15 des Entommensteuergesetzes, des Bürgervereins und des Versetzesvereins zu Röthen um Verlegung einer städtischen Anfahrt nach Röthen, und des Moritz Ziel in Dresden um Zurückstellung einer Faktion von 8000 Mark ließ das Haus auf Antrag

"Ich habe dasselbe Recht, wie Sie, hier zu wenden" erwiderte der Bankier, „aber als friedliebender Mann weicht ich dem Poltron, ich hoffe, wir werden uns an einem anderen Orte noch einmal begegnen."

Dann verließ er das Gemach, ohne Dagobert eines Abschiedsgrußes zu würdigen.

Gewaltig tobte der Hof in der Säle Edwards, so erbärmlich und ungelenkt war ihm noch nie die Wohlheit gefragt worden.

Er hatte nicht erwartet, dass Baron Dagobert in seine Intrigen eingeweiht sein würde, und darum geglaubt, sich auf die frühere Freundschaft berufen zu dürfen; ihm war die Wiederanfnahme der damaligen Verhältnisse so leicht erschienen, und nun musste er diese schweren Erfahrungen machen!

Das Wort Schurke war ihm ins Gesicht geschleudert worden, die größten Bekleidungen hatte er sich gefallen lassen müssen, jetzt ärgerte es ihn, dass er nicht energischer dagegen aufgetreten war.

Nur an Nachte dachte Eduard noch; niedertreten und verneinen wollte er den Mann, den er glühend hasste.

Wie aber konnte er diese Wohlheit erreichen? Vergeblich versuchte er sich den Kopf darüber, während er den Weg zu dem Hotel, in dem er speiste, verholzte; er fand keine befriedigende Antwort auf diese Frage.

Er selbst konnte nach dieser Niederlage nichts mehr unternehmen, die ihm widerfahrenen Schmach machte jeden weiteren Versuch einer Annäherung unmöglich, eine andere Person müsste für ihn in den Hof treten, die Person aber, der man volles Vertrauen schenken dürfte, war schwer zu finden.

Der Bankier hatte die Frage noch nicht gelöst, als er das Hotel erreichte; noch immer in Brüten darüber verunsichert trat er in den Speisesaal, in dem die Gäste schon mit der Suppe beschäftigt waren.

Er hatte sich kaum auf seinen Stuhl niedergelassen, als sein Blick auf einen elegant gekleideten Herrn fiel, der ihm gegenüber saß.

Strohsarbenes Haar bedeutet das schmale Haupt, strohsarben war auch der lange Bartken, der nach englischem Schnitt lang hinunterhängt, das etwas bleiche, intelligente Gesicht umrahmte. (Fortsetzung folgt.)

der zweiten Deputation auf sich berufen. Gleichlich erfolgte nach die Ungleichheitserklärung einer Beschwerde und einer Petition.

Rödige Sitzung: Dienstag, 13. Februar, vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Teile des ordentlichen und außerordentlichen Staats.

zu. Die Zweite Kammer hat gestern vormittag 10 Uhr zur 59. öffentlichen Sitzung zusammen und bewilligte zunächst aus Antrag der Finanzdeputation B 270000 Mark als Ergänzungsbudget zur Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Riesa nach Großkayna nach Pegau einstimmig.

Heraus folgte die Beratung der Interpellation des Abg. Goldstein, daß Verbot von Volksversammlungen etc. Die Interpellation lautet:

"Die für die Tage des 21., 22. und 23. Januar d. J. in sieben Orten Sachsen einberufenen Volksversammlungen, die sich mit dem Thema: „Wahlrechts- und Versammlungsrecht der Gegenwart“ beschäftigen sollen, sind bis auf einige Ausnahmen auf Grund der §§ 5 und 12 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betr. verboten worden. Die Gleichgültigkeit des Verbotes und die Rechtmäßigung ihrer Begründung lassen auf eine von der Staatsregierung ergangene allgemeine Anweisung schließen. Da eine solche, die öffentliche Erörterung des Grundrechts des Volkes gefährdeten Maßregel weit mehr Kreise der Staatsbürger in großer Erregung versetzt hat, richtet der Unterzeichnante folgende Fragen an die Staatsregierung: 1. Hat die Regierung eine solche allgemeine Verfügung erlassen? 2. Beabsichtigt sie, derartige Erörterungen in Versammlungen fern zu hindern?"

Staatsminister v. Meissel erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit, worauf

Goldstein (laut) das Wort zur Begründung erhält. Das Verbot sei eine teilweise Inhibition des Vereins- und Versammlungsrechts für die Erörterung eines der Regierung unangemessenen Themas. Es sei durchaus auswiderum von Staatsbürgern, namentlich Arbeitern, die Aussprache über eine so wichtige Frage unmöglich gemacht worden, und die Regierung habe hier unrecht und ungerecht gehandelt. Die Wahlrechtsdemonstrationen hätten der Sozialdemokratie nicht angehört, sondern gar seiner Partei, höchstens der konserватiven (Heiterkeit). Es seien von den Sozialdemokraten am 21., 22. und 23. Januar keine Straßenversammlungen gewollt gewesen, auch wolle die Sozialdemokratie keine gewaltsame Anerkennung des Wahlrechts. Die zweite Anfrage habe er an die Regierung gerichtet, weil das Vereins- und Versammlungsrecht ein wichtiger Bestandteil der Verfassung ist.

Staatsminister v. Meissel: Ein allgemeines Verbot der nach dem Aufruf des Internationalen Sozialistismus am 21. und 22. Januar in Aussicht genommenen Versammlungen, wozu die Regierung bereit gewesen wäre, ist nicht erlassen worden. Indesten sind die Sicherheitspolizeibehörden auf den Aufruf und die Versammlungen hingewiesen und es ist ihnen angedroht worden, zu erwidern, ob es nach der Schlage und dem Vorstoß von Straßenversammlungen angezeigt erscheine, die etwa für die betreffenden Tage geplanten Versammlungen in Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf Grund des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht zu unterlassen (Brauerei). Dies war ein gutes Recht und angemessen der Vorsorge die unabsehbare Frist der Regierung (Brauerei). Daraus hat auch der Umstand nichts anderes können, daß die Parteiliteratur der sächsischen Sozialdemokratie offenbar aus tatsächlichen Gründen als Tagesschau einer Versammlung des Themas: „Wahlrechts- und Versammlungsrecht der Gegenwart“ angezeigt hat. Die eigentliche Absicht war offensichtlich darauf gerichtet, in eine nachdrückliche Propaganda für republikanische Ideen einzutreten und die russische Revolution zu verbreiten. Wenn nun den Behörden die lastende Pflicht eingeschrieben geworden ist, so erübrigte sich noch zu bemerken, daß die Einschließung über die Zusammensetzung von Versammlungen mit dem Thema: „Wahlrechts- und Versammlungsrecht“ von den Verhältnissen des einzelnen Falles abhängig sein und sich nach den geschilderten Vorfällen zu richten haben werden. Die Einschließung bleibt also auch im Zukunft den Behörden vorbehalten.

Günther (fr. Bzg.) sprach sich zunächst dahin aus, daß Demonstrationen nicht das richtige Mittel zur Errreichung eines politischen Ziels seien, und betonte, Sachsen stehe von jeher in dem Ruf eines Polizeistaates, und zwar infolge der Wohnungen des Ministeriums v. Meissel. Weiter kam er auf das **Verfassungskonzept des liberalen Vereins** zu Dresden zu sprechen und bemerkte, die jetzige Regierung führe ihre Vorbilder in Regie! Brau und Metternich. Mit den Versammlungsvorboten fördere man nur die Sozialdemokratie, die man nur furchtlich befürchten könne.

Goldstein (Bzg.) bemerkte: Glaublicherweise sei die Pflege revolutionärer Ideen noch nicht verboten. Warum sollte man nicht auch republikanische Ideen pflegen? Zur Rechtfertigung des Gedankens sprach Schneider unter mehrfachen Pfeilen aus dem Hause mit großer Erregung über die russische Revolution, dabei u. a. ausruhend: „Wir werden das Mutterland der Freiheit von Osten kommen sehen!“ Man werde, wenn das so weitergehe wie jetzt, wohl noch zur Einschließung der Bäckerhäuser in Sachsen kommen. Es gäbe viele Leute im Lande, die sagten: „Wenn nun erst das Ministerium Michal verschwunden wäre.“ (Da Sturm auf der öffentlichen Zeitung lauerte, drohte Vizepräsident Schiller deren Niedigung an.)

Schäffler (Bzg.) erklärte, daß seine Vorlagen einen hohen Wert auf die Aufrechterhaltung des Vereins- und Versammlungsrechts legen. Doch aber gerade das Bemühen der Sozialdemokratie Einschränkungen auf diesem Gebiete notwendig macht. Die Beamtinung für die Straßenversammlungen trübe die Sozialpolitik.

Staatsminister v. Meissel wies die Vorwürfe Goldsteins und Günthers, daß Sachsen kein Requiritat mehr sei, daß die Regierung das Volk über politisch bewußt und daß sie die Arbeiter wie unzählige Kinder behandelt, als durch nichts bewußt würd. Angesichts der Massenmorde in Dresden und Hamburg bei es unabsehbare Frist der Bäckerhäuser gewesen, die Präsentationsregel der Versammlungsvorboten zu erneuern. Er hoffe, daß es sich auch die sozialdemokratische Partei anlegen läßt, um so die Regierung und die Polizei das Vereins- und Versammlungsrecht so mild wie früher handhaben kann.

Dieser Antrag auf Schluß der Debatte gegen 12 Stimmen wurde, womit dieser Abgeordnete der Tagesordnung erledigt war.

Deshalb erfolgt die Schlußerörterung über den Gesetzestext über die **Abänderung des Staatsfahndungsgesetzes** vom 25. April 1884. Die Gesetzgebungsdeputation beantragte die Annahme des Entwurfes mit einigen unentbehrlichen Abänderungen. Dieser Antrag folgte einer sich in Einzelheiten vertiefenden längeren Debatte, woraus das Gesetz einstimmig Ummengegangen sind.

Rödige Sitzung: Donnerstag, 10 Uhr vorm. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht und Positionen.

Örtliches und Sächsisches.

(Der Nachdruck unserer örtlichen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe geahnt.)

Frankenberg, 8. Februar 1906.

†. Der Rabatt-Sparverein wird Mittwoch, den 14. Februar, seine vierjährige ordentliche Generalversammlung abhalten, welche die Ablage des Jahresberichtes und Reuwohl des Gesamtvorstandes abschließen soll. Der in einer Vorstandssitzung vorbereitete Jahresabschluß ergibt ein für die Mitgliedschaft recht wohlbefriedigendes Resultat. Bemerkt sei an dieser Stelle, daß im Laufe der 12 Monate des Jahres 1905 an der Geschäftsstelle der städtischen Sparkasse, als Vermittelungsstätte der finanziellen Ungelegenheiten des Rabatt-Sparvereins, 6146 Markbücher gegen Zahlung von 6140 Mark an die beteiligten Geschäftsstellen ausgeliefert wurden (gegen 5371 im Vorjahr) und daß dagegen 5917 vollen Markbücher gegen 5910 Mark barer Geld eingelöst worden sind (gegen 3089 im Jahre 1904). Bei der Sparkasse selbst standen per 1. Januar d. J. 26110 Mark Kapital in gesetzten Sparkassenbüchern für den Verein deponiert. Dieser ähnliche Betrag darf nur zum Einlösen vollbeliebter Bücher Verwendung finden und bildet dadurch den Verkaufsum, wie auch dem laufenden Publizum die Garantie für den vollen Wert bei in ihrem Händen befindlichen „blauen Marken“, die wohl in jedem Hause der Stadt und auch der Umgebung reifig gesammelt werden.

†. Die Aufnahmeprüfung im Rgl. Lehrerseminar zu Frankenberg haben sich 62 Knaben unterzogen, von denen aus höheren Schulen 10, aus städtischen Volksschulen 48 (darunter aus Chemnitz 18), aus einfachen Landsschulen 6 waren. — Bestanden haben 61 Prüflinge, doch mußte 4, weil sie vom Regiebeamten wurden, und 29 wegen Raumangst (als „Überzählige“) abgemessen werden. Von den 28 Aufgenommenen besuchten städtische Volksschulen 23 (darunter Chemnitzer 9 und Frankenberger 4), höhere Schulen 4 und einfache Landsschulen 1.

Über die Aufnahmeprüfungen an auswärtigen Seminaren liegen folgende Mitteilungen vor:

Dresden. Von 49 Aspiranten bestanden 48 die Prüfung; 28 von diesen wurden in die neu zu bildende Sekta aufgenommen.

Chemnitz. Von 60 Angemeldeten erschienen 58. Davon bestanden 49 die Prüfung. Einer konnte aus gesundheitlichen Rücksichten nicht Aufnahme finden.

Birkenau. An der Aufnahmeprüfung nahmen 64 Knaben teil. Von diesen bestanden 48 die Prüfung; es konnten aber nur 30 für die neue Sekta aufgenommen werden.

Plauen i. B. Es hatten sich 54 Schüler der Prüfung unterzogen, von denen 51 zur Aufnahme in die 6. Klasse für reif erklärt werden konnten.

Kötzschau. Zu der Aufnahmeprüfung hatten sich 67 Knaben angemeldet und davon 66 eingefunden. Von ihnen wurden nach den schriftlichen Klausuren 9 wegen minderwertiger Leistungen abgewiesen. In der mündlichen Prüfung bestanden von den verbliebenen 57 56. 28 davon wurden für die 6. Seminarklassen ausgewählt.

†. Der Fernsprechverkehr zwischen Frankenberg und Görlitz (Anh.) ist zugelassen worden; Gebühr 1 Mark. Im Verkehr mit Frankfurt (Main), Hedersleben und Offenbach (Main) ist die Zeitbeschränkung weggefallen.

†. **Mittelstand und Regierung.** Im Schwerpunkt für Handel und Gewerbe hielt der bekannte Verfechter der Mittelstandsbewegung, Spieck, einen Vortrag über „Der Mittelstand als Sammelbedien verachteter Existenzen“. Redner polemisierte gegen die im Landtage von einem Regierungsvertreter über den Mittelstand gefallenen Äußerungen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

"Die Hauptversammlung des Schwerpunktes für Handel und Gewerbe spricht ihr tiefstes Bedauern aus über die Aufführungen des Herrn Ministerialdirektors Geh. Rat Dr. Roscher im jüdischen Landtag gegenüber dem Antrag Dr. Spieck auf Bestellung der Großbetriebe im Kleinhandel. Diese Aufführungen verleugnen die Notwendigkeit des selbständigen Mittelstandes, sie sind geziert, weil Mittelstandskreise mit Zwischenhandel an der unerlässlichen Fürsorge der Regierung für alle Stände zu erfüllen und dem Großkapital und der revolutionären Sozialdemokratie den Rücken zu stoßen. Die Verammlung protestiert gegen die in der Rede des Ministerialdirektors Dr. Roscher zutage tretende Gleichgültigkeit der Regierung gegen die Nähe des Mittelstandes."

Es wurde ferner beschlossen, darum nachzuforschen, daß der König gelegentlich seiner Anwesenheit in Leipzig eine Abordnung des Schwerpunktes empfängt.

†. Über die **Invalidenversicherungspflicht** der Wasch- und Auswartierfrauen, Gelegenheitsarbeiter u. s. w. hat jetzt die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen eine interessante Entscheidung gefällt. Der Maschinenfabrikant Al. in Wurzen beschäftigte während der Sommermonate zu fünf halben Tagen in der Woche eine Gartenfrau. Diese war aber außerdem noch ständig bei einem anderen Arbeitgeber während zwei Stunden des Tages als „Aufwartung“ tätig. Keiner von den beiden Arbeitgebern wollte die Frau zur Invalidenversicherung anmelden, da sie „bei ihm“ nicht versicherungspflichtig sei. Die Ortskantonskasse erstattete Anzeige an den Stadtrat als Aufsichtsbehörde, der seinerseits eine Entscheidung der Landesversicherungsanstalt herbeiführte. Diese lautete darin, daß die Beschäftigung der Frau bei dem Maschinenfabrikanten Al. so umfangreich war, daß sie als versicherungspflichtig bezeichnet werden müsse. Die Beschäftigung der Frau als Aufwartung sei jedoch nicht so umfangreich, um als versicherungspflichtig angesehen zu werden. Da jedoch nach § 140 des Invalidenversicherungsgesetzes bei Personen, die von mehreren Arbeitgebern beschäftigt werden, diese zusammen als Schuldhalter für die Beiträge zu haften haben, so habe der Maschinenfabrikant zwei Drittel und der andere Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zu bezahlen. Beschäftigte ersterer die Frau allein, so habe er allein die vollen Beiträge zu entrichten. Bei der Frau aber in der angegebenen Weise nur als Aufwartung beschäftigt, so seien Beiträge nicht zu bezahlen. — Diese Entscheidung mag sich mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen decken, verständlich und für den praktischen Gebrauch leicht anwendbar ist sie aber nicht.

†. **Der Raubzugszug** ist der Februar ein besonders günstiger Monat, da jetzt die Wintersaison der meisten Raubzüge und Raubvögel eintritt. Sie sind daher weniger vorstichtig, gehen leichter in Fällen als sonst und liefern reiche Beute für den Jäger, der ja auch jetzt mehr Zeit hat zur Ansäuerung und zur Aufstellung von Fällen, als in der Hochsaison. Die Fülle aller Allesfresser sind jetzt am besten zu verwerten und stehen, wenn sie nicht stark verlegt sind, ziemlich hoch im Preise.

†. **Ebersdorf.** Aus den Haushaltsplänen unserer Gemeinde für 1906 ist zu entnehmen, daß der Gesamtbedarf im Jahre 1906 sich auf 40790 Mark beläuft, während die Deckungsmittel 12000 Mark vorhanden sind; es sind demnach 27800 Mark durch Anlagen aufzubringen. Für das Schulwezen ist ein Bedarf von 28833,64 Mark festgestellt worden; die Deckungsmittel betragen 11783,64 Mark; mitihm ist für das Schulwezen ein Fehlbetrag von 17050 Mark durch Anlagen zu decken. Das Armenwezen weist einen Bedarf von 3141,18 Mark auf; an Deckungsmitteln sind vorzuhalten 2441,18 Mark; durch Anlagen sind demnach 670 Mark aufzubringen. Die Feuerlöschkasse erhebt einen Bedarf von 1542,66 Mark; die Deckungsmittel befreien sich dazu auf 687,47 Mark; durch Anlagen sind also noch aufzubringen 955,19 Mark. Der Kirche ist erfordert im Jahre 1906 einen Zuschuß von 3444 Mark.

†. **Altenburg.** Der Landwirtschaftliche Kreisverein im Kreisgebiet hat Herrn Gustavsen Ernst Haubold hier in Anerkennung seiner 40jährigen Mitgliedschaft im Landwirtschaftlichen Verein und seiner Verdienste um diesen Verein das Ehrendiplom für Verdienste um die Landwirtschaft im Königreich Sachsen verliehen und bei der Feier des 53. Stiftungstages des Landwirtschaftlichen Vereins Altenburg durch einen Vertreter des Kreisvereinsdirektoriums zur Aushändigung gebracht. Der Verein ernannte Herrn Haubold bei dieser Gelegenheit zum Ehrenmitglied.

— **Hainichen.** In der gestern vormittag abgehaltenen Sitzung

des Schwurgerichts Freiberg wurde der Expedient Graug, der §. 8. den Raubfall auf den Wert der Schankwirtschaft „Zur Linde“ verübte, und der noch andere Straftaten auf dem Gewissen hat, wegen räuberischer Erpressung, widernatürlicher Unzucht, Erpressung und Unterschlagung unter Annahme widernder Umstände zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Gewerbsverlust verurteilt.

— **Chemnitz.** Die „Chemnitzer Konferenz“ wird in diesem Jahre am 19. und 20. Februar in unserer Stadt tagen. Für den ersten Tag ist nachmittags 2 Uhr eine Sitzung des Vorstandes und der Vertreterinnen aus den einzelnen Diözesen, sodann nachmittags 5 Uhr eine Sitzung des Vertrauensmänner, bzw. der Ausschüsse des evangelisch-lutherischen Gottesdienstes, und abends 1/2 Uhr eine Versammlung mit Vortrag des Pastors Keller, Löbeln, über das Thema „Einige Richtstrafen aus dem prophetischen Worte zum Verständnis gewisser Geschichten unseres Tages“ in Aussicht genommen. Der zweite Konferenztag soll durch eine liturgische Morgenandacht eingeleitet werden, der die Begrüßung und einige Mitteilungen durch den Vorsitzenden folgen. Der Vortrag in der Hauptversammlung hat Pastor Vogel, Zugau, übernommen, welcher über das Thema „Recht und Pflicht evangelischer Gemeindeglieder gegenüber modernem Unglauben auf Kanzel und Katheder“ sprechen wird. An den Vortrag soll sich die Erörterung einiger Berichte, sowie die Besprechung von Synodalangelegenheiten anschließen. Nachmittags 3 Uhr hält der „Evangelisch-lutherische Gottesdienst im Königreich Sachsen“ unter Vorsitz des Pastors Dr. Ahrens aus Leipzig seine diesjährige Generalversammlung ab. Sämtliche Versammlungen finden im Saal des „Carolus-Hotel“ statt.

— **Freiberg.** Beim Schätzschlaufzen extraktum ist auf einem Teich der 18jährige Schulknabe Rappel aus Friedburg. Als der Entwurm eintrat, ergrißt seine Genossen die Flucht und überlebten ihn seinem Schicksal. — Das heisige Schwurgericht hatte sich gestern mit einem eigenartigen Fall zu beschäftigen. Der schon viel bestraft 30 Jahre alte Dienstknabe Kratz aus Löbeln wollte sich wegen versuchten Mordes zu verantworten. Die Tat hat er auf einer Landstraße zwischen Kydorff und Raudorf bei Löbeln durch begangen, daß er das ihm entgegenkommende elfjährige Schulmädchen Frieda Luft ergreift und ihr sechs Stiche in den Rücken versetzte. Zu seiner Vertheidigung gab der Angeklagte, der nur wenige Tage vorher aus dem Zuchthaus zu Waldheim entlassen war, an, daß seine Versuche, Arbeit zu erhalten, verzögert gewesen seien und er überall verschreckt worden wäre, sodoch er einen Job begehrte wollte, um auf dem Schafott sein Leben, das verschütt und ausgeschlosset war, zu beenden; in das Zuchthaus oder in die Korrektionsanstalt wollte er nicht mehr zurück. Auf die Frage, warum er sich gerade an einem Kind vergangen habe, erklärte Kratz, daß er durch seine Tochter eine schwere Herzkrankheit habe, die er nicht mehr ertragen kann, und er sich für seine trostlose Jugend, die er im Zuchthaus und in der Erziehungsanstalt zugebracht hat, zu rächen. Er hätte aber auch andere Personen getötet, wenn er nicht festgenommen worden wäre, um sein Ziel zu erreichen. Der Oberarzt des Waldheimer Zuchthauses, Medizinalrat Dr. Moenius, bezeichnete den Angeklagten als griffig minderwertig, hielt ihn aber, obwohl wiederholte Sinnestäuschungen und ähnliche Merkmale festgestellt sind, für verantwortungsfähig. Die Sinnestäuschungen erklärt der Sachverständige als Folge der mehrjährigen Einzelhaft während der letzten Zuchthaftstrafe des Angeklagten, die auf diabolischen Gründen notwendig geworden sei. Medizinalrat Dr. Rippold-Freiberg schloß sich diesem Gutachten an und bezeichnete den Angeklagten als griffig gesund und zur Zeit der Tat als verantwortungsfähig. Diesen beiden Gutachten trat jedoch der Direktor der Landesstierenanstalt Sonnenstein, Geh. Medizinalrat Dr. Weber-Pirna, entschieden entgegen und gab sein Gutachten darin ab, daß Kratz moralisch wie intellektuell krankhaft veranlagt sei, überhaupt physisch auf einen sehr kleinen Menschen stehe. Diese Störung sei durch die Einzelhaft gewachsen und in ein akutes Stadium getreten. Die Einzelhaft sei bei physisch schwach veranlagten Elementen sehr schädlich. Kratz sei nicht verantwortungsfähig. Dieser Sachverständige beantragte noch eine längere Beobachtung. Diesem wurde Folge geleistet und die Verhandlung ausgesetzt.

— **Dresden.** Gendarmerie-Oberst a. D. v. Heygendorff hat aus den ihm von Mitgliedern des Landgendarmeriekörpers zur Verfügung gestellten Mitteln, sowie unter Ergänzung dieser Summe aus eigenen Mitteln eine „von Heygendorff-Stiftung“ errichtet, dem Gendarmerie-Major Hoffmann als Stiftungskapitän den Betrag von 8000 Mark in 4prozent Hypothekenbriefen der Sächsischen Bodenkreditanstalt überreicht und eine durch Dekret des Königl. Ministeriums des Innern vom 8. Januar 1906 genehmigte Stiftungseröffnung aufgestellt. Die Stiftung soll dem Zwecke dienen, aus ihren Mitteln würdigend und in Not geratenen Landgendarmerien in einzelnen Fällen Unterstützungen, die in der Regel nicht unter 50 Mark betragen sollen, zu gewähren. Hierzu sind nur die Binsen der angekommten Kapitalien zu verwenden. Die Stiftung hat ihren Sitz in Dresden; die Aufsicht über die Stiftung führt das Königl. Ministerium des Innern.

— **Dresden.** Der Reichsname des ermordeten Versicherungsbeamten Hartmann gen. Wegner ist gestern hier befehdigt worden. Der des Mordes verdächtige Hoffmann hat sich bis heute noch nicht zu einem Geständnis bequemt. Mit ihm ist ferner ein 22-jähriger Arbeiter August Schneider festgenommen worden, der die von Hoffmann an den Einmieterbürohöfen erbeuteten Gegenstände veräußert hat. Schneider hatte einen Hoffmann gehörigen Ross ohne deinen Wissen verkauft und sich dadurch selbst seinem Vater gegenüber der Unterschlagung schuldig gemacht. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei sind eifrig bemüht, den Sachschaden aufzuklären und haben zu diesem Zwecke einen Kriminaldienstmann nach Wien entsandt. In dieser Angelegenheit ist des weiteren ein gewisser Kublik, ebenfalls aus Wien gebürtig, verhaftet worden. Alle Angeklagten deuten darauf hin, daß die Verbrecher die Ausführung eines weiteren Mordes geplant hatten, bei dem es sich um eine heisige nicht unbekannte Person handeln soll. Der Bruder des in einem Internat bei Wien internierten Blecha, der 32jährige Schuhmacher Adalbert Blecha, wird unter dem Verdacht der Mittäterschaft in Haft behalten. Die Polizei forscht eifrig, ob die Gesellschaft nicht noch andere Mäuse oder Mörde auf dem Gewissen hat.

— **Wiersberg.** Festgenommen wurde der 21 Jahre alte ehemalige Posthal

benbewegung bei der Leipziger Beamtenwohlfahrt. Es wurde mitgeteilt, daß sich die Verwaltung in keiner Unterhandlung eingelassen habe. Darauf traten alle Redner für sofortige Arbeitsschließung ein. Der Zentralvorstand des Tegelarbeiter-Verbandes erklärte, hierzu keine Genehmigung erteilen zu können, da noch zu viel unorganisierte Arbeiter zu unterführen seien. Es wurde deshalb eine Abstimmung über die Frage des Streikverbotes vorgenommen. Von 1600 in Frage kommenden Arbeitern stimmten nur 566 mit ja, die übrigen verhielten sich ablehnend. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammelten erklärten, „die ihrer Forderung des zehnständigen Arbeitstages und einer 10prozentigen Lohnherabsetzung und der Verwaltung anhingewiesen wird, dieselbe bis zum 1. April d. J. zu bewilligen. Sollte die Verwaltung diesem Schluß nicht entsprechen, dann würde man an genanntem Termine in den Ausstand treten und zwar mit Zustimmung des Zentralvorstandes des Tegelarbeiter-Verbandes.“

— **Schlesien.** Zum Bürgermeister ist von den städtischen Kollegien Ratskoss Hor Müller in Plauen gewählt worden.

— **Brandenburg.** Zwei 12 bzw. 18 Jahre alte Schulknaben vom hier wieden der Staatsanwaltschaft zugeschlagen, weil sie Diebstahl verübt hatten. Der eine ist der Anführer der Diebstahle gewesen, der 16 zum größten Teil strafmündige Schulknaben und ein 16 Jahre alter Handarbeiter angehört haben. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft hat im Sommer 1904 ihren Anfang genommen. Es haben die Burschen bis jetzt insgesamt weit über 100 Diebstähle jeglicher Art, vorwiegend aber Ladendiebstähle ausgeführt. Ein Teil der Spuren ist inzwischen in eine Erziehungsanstalt eingeliefert, andere verbüßen bereits Freiheitsstrafen, während sich einige in Untersuchungshaft befinden und ihrer Aburteilung wegen Bandendiebstahl entgegensehen.

— **Plauen i. B.** Anlässlich der silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars hat der Stadtrat vorgestern abend 50000 M. als Grundstock für den Fonds zur Errichtung eines Siechenhauses bewilligt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— **Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag.** Zum Zwecke der Wiederaufnahme der jenseitig unterbrochenen Handelsverträge, verhandlungen sind die schwedischen Unterhändler jetzt in Berlin eingetroffen.

— **Ein sozialpolitisch bedeutsamer Prozeß** gelangte vor dem Landgericht Düsseldorf zur Verhandlung. Es handelt sich um die Frage, ob eine Arbeitersorganisation verantwortlich gemacht werden kann für die den Unternehmern durch Vertragsbruch und Streikpostenstechen verursachten Verluste, und weiterhin, ob der § 826 (Unerlaubte Handlungen) des B. G.-V. Mittel bietet, um den Ausdrücken der modernen gewerblichen Lohnkämpfe Einhalt zu tun. Infolge des Vohnkampfes im Schreinergewerbe, durch den im letzten Sommer auch die Firma Werner u. Söder erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden war, hatte diese im Auftrage des Arbeitgeberverbandes in der Holzindustrie gegen die Verbandsvorsitzende des deutschen und christlichen Holzarbeiterverbandes, sowie des deutschen Gewerkevereins für Tischler (Hirsch-Dunkel) Klage angekragt auf Zahlung von 2600 Mark als Entschädigung der durch Nichtinnehaltung der vereinbarten Rückerstattung, durch Warnung vor Zugang und durch gewaltsame Abhaltung von Arbeitswilligen entstandenen Schadens. Das Urteil soll am 20. Februar gesprochen werden.

— **Tafelvotum der Darmstädter Studentenschaft.** Eine allgemeine Studentenversammlung, die von etwa 700 Studenten der Schule besucht war, beschäftigte sich eingehend mit den beleidigenden (?) Neuerungen des Rektors bezüglich der konfessionellen Verbindungen. Die meisten Redner sprachen einen scharfen Tadel gegen die parteiliche Haltung des Rektors aus. Die Versammlung nahm schließlich mit allen gegen 10 Stimmen eine Resolution an, wonin die Missbilligung der versammelten Studentenschaft gegen das parteiliche Engagieren des Rektors ausgedrückt und erklärt wird, daß das Bestreben der Studentenschaft zum Rektorat erschüttert sei. — Sächlich!!

— **Zum deutschen Landwirtschaftsrat** begründete im weiteren Verlaufe der Verhandlungen Dr. v. Seitz die gestern mitgeteilten Anträge zum Grundstückswucher. Er empfahl im einzelnen:

1. Einrichtungen zur planmäßigen Schuldenentlastung und Schulderlösung des ländlichen Grundbesitzes; 2. Einführung eines dem Grundzuge des Anerbenechteten beruhenden Investitionsbereiches; 3. innere Kolonisation auf dem Wege der Rentengutsbildung, Errichtung öffentlichen Gebäuden zur Regelung des Güterhandels; 4. öffentliche Anstalten für Verkoppelungssysteme bezw. Flurdeutung; 5. Anregung und Begünstigung der Dorfschuldenvereine zum Eingreifen bei drohenden Fällen der Gutsentzümmerung sowohl durch direkte Zuwendung öffentlicher Mittel, als indirekt durch Förderung der Besitzveränderungsgebühren.

Die Versammlung nahm hierzu einen Antrag v. Wangenheim-Al. Spiegel an, nach welchem eine Änderung der bestehenden Reichsgesetzgebung zur Bekämpfung des Grundstückswuchers zurzeit nicht nötig erscheint, vielmehr daß Schwergewicht zur Beseitigung der herrschenden Wohlstandsauflage auf die Landesgesetzgebung zu legen ist. Nachdem dann Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin den Gesetzentwurf über den Sicherungsvertrag besprochen hatte, legte Kommerzienrat Dr. v. Böttcher-Kampau einen Antrag vor, der Reichstag solle das Erdhöftssteuergebot ablehnen, im Falle der Annahme aber folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

a) Der Wert des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes einschl. der mit diesem festverbundenen Gebäude, der mit dem Eigentum an einem Grundstück verbundenen Rechte, der Zubehörungen, der Früchte und Nutzungen (§§ 94, 98 bis 100 B. G.-V.) ist in der Regel aus dem Heiratstoge zu erhalten (§ 2049 B. G.-V.), und demgemäß der Berechnung der Erdhöftssteuer zugrunde zu legen. Ihre Baugrundfläche in der Umgebung größter Städte ist die Erdhöftssteuerpflichtige Bewertung nach dem Verkaufsvalue (§ 18 Erdh.-St.-G.) empfehlenswert. b) Bei Vererbung land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes einschl. der Bestandteile, Zubehörungen, Früchten und Nutzungen ist von der Steuerbehörde Stundung und Ratengabung der Erdhöftssteuer bis zu 5 Jahren auf Antrag der Steuerpflichtigen zu gewähren. (§ 50 Erdh.-St.-G.). c) Eine Ausdehnung der Erdhöftssteuer auf Dogenhöden und Gegenländer ist zu vermeiden.

Man beriet dann über die Schaltung des deutschen Kaliages für die inländische Produktion. Es wurde ein Antrag ange-

nommen, „daßt einzutreten, daß der Staat seinen Anteil an der Förderung vor Kaliflote in eigener Verwaltung soweit ausdehnt, daß er jederzeit die Entwicklung dieses wichtigen Nationalproduktes in ausschlaggebender Weise beeinflussen kann, ferner zur Verhinderung der Verschleuderung der Kaliflote an das Ausland und zur Aufrechterhaltung eines in national-wirtschaftlichem Interesse liegenden Preispolitis die Einführung eines Kalif-Ausfuhrgebotes zu befürworten.“

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“ — Eine Anschauung, die viel Richtiges enthält, namentlich im letzten Satz.

Dänemark.

— **Die Beisetzung des Königs Christian** findet auf Anordnung des Königs Frederik am Sonntag, den 18. d. M. statt.

Asien.

— **Die fremdenfeindliche Bewegung in China.** Dem Staatsdepartement in Washington gehen fortgesetzte Nachrichten von den amerikanischen Vertretern in China zu, wonach die feindliche Stimmung gegen die Amerikaner und amerikanische Waren rasch um sich greift. Es fehlen Anzeichen vorhanden, daß alle Ausländer in China, möglicherweise mit Ausnahme der Japaner, binnen kurzem ebenso sehr betroffen würden als die Amerikaner.

Amerika.

— **Drohender Eisenstreit in der Union.** Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streitigkeiten zwischen den Kohlenbergleuten und den Bergwerksbesitzern ist jetzt auf allen Seiten aufgegeben worden. Beide Parteien rüsten sich zu einem Streit, der der größte werden würde, den Amerika jemals erlebt hat. Der vierte Teil der Bergwerke des ganzen Landes steht alles für den Kampf in Stand. Ihr Streitkosten-Kapital beträgt gegen drei Millionen Dollar. Die Bergwerksbesitzer tun ihr möglichstes, um sich Ablenkung für die nächste Zukunft zu suchen. Falls ihnen dies nicht gelingt, wird die ganze Industrie des Landes lahmgelegt. Alle Gewerbe werden durch den Streit in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Ausländer wird 550000 Mann betragen.

Amerika.

— **Eine sozialpolitisch bedeutsame Prozeß** gelangte vor dem Landgericht Düsseldorf zur Verhandlung. Es handelt sich um die Frage, ob eine Arbeitersorganisation verantwortlich gemacht werden kann für die den Unternehmern durch Vertragsbruch und Streikpostenstechen verursachten Verluste, und weiterhin, ob der § 826 (Unerlaubte Handlungen) des B. G.-V. Mittel bietet, um den Ausdrücken der modernen gewerblichen Lohnkämpfe Einhalt zu tun. Infolge des Vohnkampfes im Schreinergewerbe, durch den im letzten Sommer auch die Firma Werner u. Söder erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden war, hatte diese im Auftrage des Arbeitgeberverbandes in der Holzindustrie gegen die Verbandsvorsitzende des deutschen und christlichen Holzarbeiterverbandes, sowie des deutschen Gewerkevereins für Tischler (Hirsch-Dunkel) Klage angekragt auf Zahlung von 2600 Mark als Entschädigung der durch Nichtinnehaltung der vereinbarten Rückerstattung, durch Warnung vor Zugang und durch gewaltsame Abhaltung von Arbeitswilligen entstandenen Schadens. Das Urteil soll am 20. Februar gesprochen werden.

— **Tafelvotum der Darmstädter Studentenschaft.** Eine allgemeine Studentenversammlung, die von etwa 700 Studenten der Schule besucht war, beschäftigte sich eingehend mit den beleidigenden (?) Neuerungen des Rektors bezüglich der konfessionellen Verbindungen. Die meisten Redner sprachen einen scharfen Tadel gegen die parteiliche Haltung des Rektors aus. Die Versammlung nahm schließlich mit allen gegen 10 Stimmen eine Resolution an, wonin die Missbilligung der versammelten Studentenschaft gegen das parteiliche Engagieren des Rektors ausgedrückt und erklärt wird, daß das Bestreben der Studentenschaft zum Rektorat erschüttert sei. — Sächlich!!

— **Zum deutschen Landwirtschaftsrat** begründete im weiteren Verlaufe der Verhandlungen Dr. v. Seitz die gestern mitgeteilten Anträge zum Grundstückswucher. Er empfahl im einzelnen:

1. Einrichtungen zur planmäßigen Schuldenentlastung und

Schulderlösung des ländlichen Grundbesitzes; 2. Einführung eines dem Grundzuge des Anerbenechteten beruhenden Investitionsbereiches; 3. innere Kolonisation auf dem Wege der Rentengutsbildung, Errichtung öffentlichen Gebäuden zur Regelung des Güterhandels; 4. öffentliche Anstalten für Verkoppelungssysteme bezw. Flurdeutung; 5. Anregung und Begünstigung der Dorfschuldenvereine zum Eingreifen bei drohenden Fällen der Gutsentzümmerung sowohl durch direkte Zuwendung öffentlicher Mittel, als indirekt durch Förderung der Besitzveränderungsgebühren.

Die Versammlung nahm hierzu einen Antrag v. Wangenheim-Al. Spiegel an, nach welchem eine Änderung der bestehenden Reichsgesetzgebung zur Bekämpfung des Grundstückswuchers zurzeit nicht nötig erscheint, vielmehr daß Schwergewicht zur Beseitigung der herrschenden Wohlstandsauflage auf die Landesgesetzgebung zu legen ist. Nachdem dann Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin den Gesetzentwurf über den Sicherungsvertrag besprochen hatte, legte Kommerzienrat Dr. v. Böttcher-Kampau einen Antrag vor, der Reichstag solle das Erdhöftssteuergebot ablehnen, im Falle der Annahme aber folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

a) Der Wert des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes einschl. der mit diesem festverbundenen Gebäude, der mit dem Eigentum an einem Grundstück verbundenen Rechte, der Zubehörungen, der Früchte und Nutzungen (§§ 94, 98 bis 100 B. G.-V.) ist in der Regel aus dem Heiratstoge zu erhalten (§ 2049 B. G.-V.), und demgemäß der Berechnung der Erdhöftssteuer zugrunde zu legen. Ihre Baugrundfläche in der Umgebung größter Städte ist die Erdhöftssteuerpflichtige Bewertung nach dem Verkaufsvalue (§ 18 Erdh.-St.-G.) empfehlenswert. b) Bei Vererbung land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes einschl. der Bestandteile, Zubehörungen, Früchten und Nutzungen ist von der Steuerbehörde Stundung und Ratengabung der Erdhöftssteuer bis zu 5 Jahren auf Antrag der Steuerpflichtigen zu gewähren. (§ 50 Erdh.-St.-G.). c) Eine Ausdehnung der Erdhöftssteuer auf Dogenhöden und Gegenländer ist zu vermeiden.

Man beriet dann über die Schaltung des deutschen Kaliages für die inländische Produktion. Es wurde ein Antrag ange-

nommen, „daßt einzutreten, daß der Staat seinen Anteil an der

Förderung vor Kaliflote in eigener Verwaltung soweit ausdehnt,

dß er jederzeit die Entwicklung dieses wichtigen Nationalproduktes in ausschlaggebender Weise beeinflussen kann, ferner zur Verhinderung der Verschleuderung der Kaliflote an das Ausland und zur Aufrechterhaltung eines in national-wirtschaftlichem Interesse liegenden Preispolitis die Einführung eines Kalif-Ausfuhrgebotes zu befürworten.“

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und

Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des

Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder

Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die

Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“ — Eine Anschauung, die viel Richtiges enthält, namentlich im letzten Satz.

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und

Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des

Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder

Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die

Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“ — Eine Anschauung, die viel Richtiges enthält, namentlich im letzten Satz.

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und

Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des

Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder

Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die

Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“ — Eine Anschauung, die viel Richtiges enthält, namentlich im letzten Satz.

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und

Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des

Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder

Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die

Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“ — Eine Anschauung, die viel Richtiges enthält, namentlich im letzten Satz.

— **Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands** soll, laut „Germania“, in den Tagen vom 19. bis 23. August in Esslingen abgehalten werden.

Deutschland.

— **Das wahre Gesicht.** Der ungarische Ministerpräsident Freiherr Fejervary erklärte einem Berichterstatter gegenüber, der wahre Grund des Kreises sei das Bestreben der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und

Organisation der Armee zu befrüchten und vom Outkunten wechselnder Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des

Parlamentes beschränkt sich laut Gesetz auf Bewilligung oder

Ablehnung von Krediten für die Armee und von Recruten. „Die

Koalition hat Appetit auf Herrscherrechte“ sagte Freiherr Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen

Dr. med. Stumpf verzogen nach Baderberg II, I.

Ein Schloss in der Kirche verloren.
Gef. Abgabe geg. Bel. Humboldtstr. 21.

Unflüchtige Zigarrenmacher

— Handarbeiter —
wird dauernd gute Arbeit vergeben.

erner werden in der Fabrik für keine Sonntags-Fassonarbeit zu hohem Lohn aufgenommen.

Wickelmacherinnen und Röllerinnen,

die nachweislich anderwärts bereits keine hoch bezahlte Arbeit geleistet haben, engagiert.

Fabrikfiliale Hugo Haschke.

Eine zuverlässige, gewandte

Verkäuferin

wird für 1. März für ein bietiges Geschäft gesucht. — Bewerbungen mit Bezeugnissen unter P. R. durch die Expedition des Tageblattes erbeten.

Fransenbinder für Portiereen
werden gesucht. Edmund Buch.

Zum Abrippen von Tabak
in der Fabrik werden sofort Arbeiter eingestellt, auch finden Abripper halbe Tage Beschäftigung.

Zigarrenfabrik Hugo Haschke.
Nellere Anzeige drei Kinder tagüber gesucht Sonnenstraße Nr. 18.

Zigarren-Werkmeister,
in allen Zweigen der Fabrikation, auch im Cortieren und Rästen machen, so wie in idyllischen Arbeiten aufzudecken vertreten, gefüllt auf in Bezugnisse, wünscht sich zu verändern.

Gefüllt. Offerten unter L. M. 1906
in die Expedition des Blattes erbeten.

Ein junger Herr
sucht ein sofort beschreibbares,
schön möbliertes Zimmer.
Off. erh. u. 100 E. F. in die Exped. d. Bl.

kleines möbliertes Zimmer wird
zu mieten gesucht. Offert. unter
E. R. 100 postlagernd erbeten.

Schöne Erkerwohnung (frisch vorgemietet) für 1 Person pass. (im Ruhelichen Hause Feldstraße 3) sofort oder 1. März zu vermieten. Zu erfahren Klingbach Nr. 23.

Gut erhaltene Kisten
verkaufte Carl Kullrich.

14 schw. Minervia, Klasse echt,
3 Stämme j. str. Landhäuser, 24
St., verft. A. Odem, Klingbach 14.

Schöne Lauben werden billig verkauft
Fabrikstraße 23.

2 Italiener Hähne
zu verkaufen Reichstraße 24.

Sein
Lager in Geschäftsbüchern
aus der Fabrik von Edler & Krische, Hanover, und eigener Anfertigung empfiehlt

Robert Hass,
Freiburger Straße 53.

Hans-Segen

gesucht, passend als Einzugs-
u. Hochzeit-Geschenke, empfiehlt die
Schulbuchhandlung im Haushaus.

Rheumatismus,
Gicht, Nervenschmerzen lindern selbst
in veralteten Fällen in kurzer Zeit
Gemeinsam mit

Apotheker Paul Schmidt's
Tyrolier Latschenkieferöl.
a. fl. 1,50 M. Löwen-Apotheke.

Drußmatulatur,
a. Str. 8 M. 10 Pf. 90 Pf.
1 Pf. 10 Pf.

Druß-Ausschußpapier

a. Str. 15 M. 10 Pf. 1 M. 75 Pf.
1 Pf. 20 Pf.

dünnes Bergamentpapier

zum Einschlagen fetiger Waren,
in 2 Sorten, a. Bogen 3 und 4 Pf.
a. Kilo 50 und 70 Pf.

verkaufte die

Buchhandlung von C. G. Rosserg
(Schilder's Haus am Markt).

Gambrinus.

Nächsten Sonnabend, Sonntag und Montag:
Großes Bockbierfest.

Donnerstag, den 22. Februar:

Kaisersaal. Grosser öffentl. Volksmaskenball.

Nächsten Sonntag

Karpfenschmaus mit öffentlicher Ballmusik.

Hierzu lädt freundlich ein

O. Dippmann.

Rippen-Tabak, lose und in Paketen,

Paul Kräuter.

Atelier für künstl. Zahnersatz, Plombierungen etc.

Sprechstunden von 9—1 Uhr und von 2—6 Uhr.

Schlossstr. 27, part. 1. **Georg Kattermann,**

geprüft auf der Universität Pennsylvania (Amerika).

ff. hellen Sirup, à Pfd. nur 24 Pf.,

empfiehlt

Paul Kräuter.

PALMIN

Feinste Pflanzenbutter
zum Kochen, Braten und Backen.

Neu! Milka-Margarine Neu!

mit eleganten Zugaben empfiehlt

Paul Kräuter.

Pferde-Verkauf.

Von Sonnabend, den 10. d. J.,
an sieht eine große Auswahl

I. Klasse

Holsteiner Wagenpferde

besgl. mittlerer und selten schwerer

dänischer Arbeitspferde

bei mir zu tollen Preisen zum Verkauf.

Frankenberg. (Telephon No. 60.) Karl Dehne.

Pferde-Verkauf.

Beige ergeben an, daß von morgen, Sonnabend,

den 10. d. J., an ein großer Transport

erfolgreich Holsteiner u. Seeländer Wagenpferde,

sowie dänischer Arbeitspferde

bei bekannter Neßlitzt in meiner Wohnung zum Verkauf stehen.

Achtungsvoll

Gasthof Geroldorf G. E. Richter.

Gernsprecher Nr. 35.

Es ist die höchste Zeit

das Sie jetzt beim Schneiden und bei der Fortbildung Ihrer Bäume das mit

der goldenen Medaille ausgezeichnete Werk

Anzucht und wirklich rationeller Schnitt aller

Obstbaumformen, Pfirsichschnitt u. Weinsschnitt

von Arthur Petrun

mit 150 Abbildungen kaufen. Soeben das 20.—30 000 erschienen, so

gefunden ist das Werk. Es muß in der Hand eines jeden Obstzüchters sein! Preis mit Porto für Deutschland, Österreich und Luxemburg M. 1,20, gebunden M. 2,— Ausland gebettet M. 1,30, gebunden M. 2,25, bei Rechnung die Nachnahmegebühr mehr.

Obiges Werk ist vorzüglich in der Buchhandlung von C. G. Rosserg.

Frankenberg.

Geschäftsamt des Erfurter Führers im Obst- und Gartenbau.

Lockenwasser Sadulin

nicht jedem Haar unverwüstliche Locken- u. Wellenfratze.

Wasser 60, 80 Pf. und

M. 1.— Pomade Sadulin

80 Pf. Verlangen Sie ausdrücklich von Franz Kahn,

Parfüm, Nürnberg. Hier bei:

Robert Preussler.

Dankbarkeit

zeigt mich, wenn ich unverzüglich Hale-

Brust-, Urogenitalien legischer

Herz mitgliedern, wie ich durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Kauf-

produkt von meinem qualifizierten Betreuer

bedient werden bin.

Sehr Bauernkost in Stammel

bei Küng (Obb.).

Lesen Sie
Die
Hilfe!

Politische Wochezeitung
verantwortlich L. S. M. — Herausgeber: F. H. H. —

Redaktion: F. H. H. — Redakteur: F. H. H. —

Reklameabteilung: F. H. H. —

Wochenzeitung: F. H. H. —